

## **ANTRAG**

**der Fraktion der CDU**

### **Krisenmechanismus für Kraftstoffpreise installieren – Belastung der Verbraucher und Unternehmen mit Energiesteuerbremse verringern**

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Kriegshandlungen im Nahen und Mittleren Osten ziehen in großen Teil der Welt erhebliche politische und wirtschaftliche Verwerfungen nach sich. Unsere Solidarität und unser Mitgefühl gelten der darunter leidenden Zivilbevölkerung in den vom Krieg betroffenen Ländern.
2. Der Landtag erklärt sich außerdem solidarisch mit jenen Menschen im Iran, die unter der Herrschaft des aktuellen Regimes gelitten haben und aktuell leiden und seit Jahren mit großem Mut und ungeachtet der menschenverachtenden Reaktionen des Regimes für demokratische Reformen, Frauenrechte, Rechte von Minderheiten und Selbstbestimmung eintreten.
3. Auch die Menschen in Deutschland sind von den Folgen dieses Konfliktes betroffen, insbesondere durch stark steigende Kraftstoffpreise. Diese belasten Autofahrerinnen und Autofahrer, Handwerkerinnen und Handwerker, Logistikunternehmen und landwirtschaftliche Betriebe erheblich. Insbesondere die Menschen im ländlichen Raum mit seinen weiten Entfernungen spüren die hohen Preise an den Tankstellen im Portemonnaie. Zudem führen die Preissteigerungen zusammen mit den durch den Konflikt drohenden Beeinträchtigungen der globalen Lieferketten zu wachsender Unsicherheit für Unternehmen, was sich negativ auf die konjunkturelle Erholung in Deutschland auswirken kann.

4. Die aktuellen Preissteigerungen an den Zapfsäulen werfen die Frage nach ihrer sachlichen und rechtlichen Rechtfertigung auf. Das Bundeskartellamt hat bereits im vergangenen Jahr den sogenannten „Rakete-und-Feder-Effekt“ auf dem Tankstellenmarkt festgestellt, bei dem ein Anstieg der Rohölpreise auf dem Weltmarkt in der Regel unmittelbar zu steigenden Kraftstoffpreisen führt, sinkende Rohölpreise sich dagegen nur langsam an den Tankstellen bemerkbar machen.
  5. Da der starke Anstieg des Rohölpreises nicht durch strukturelle Marktbedingungen, sondern eine politische Ausnahmesituation bedingt ist, sind politische Maßnahmen geboten, um den Preisdruck an den Zapfsäulen zu verringern. Der Landtag begrüßt daher die Einsetzung einer Arbeitsgruppe durch die Bundesregierung, welche sich mit den steigenden Preisen befasst, die Entwicklung analysiert und Handlungsmöglichkeiten prüft. Ebenso begrüßt der Landtag das von der Bundesregierung angekündigte Maßnahmenpaket, mit dem das Kartellrecht verschärft werden soll, sodass die Aufsichtsbehörden gezielter die Preisentwicklungen im Kraftstoffbereich untersuchen und bei nicht wirksamem Wettbewerb schneller Gegenmaßnahmen anordnen können. Insbesondere die Umkehr der Beweislast bei stark steigenden Preisen wird es den Kartellbehörden deutlich erleichtern, gegen überhöhte Preise vorzugehen. Auch die Beschränkung der Möglichkeit einer Preiserhöhung für Tankstellen auf einmal täglich, während Preissenkungen jederzeit möglich bleiben, kann zu mehr Transparenz und weniger kurzfristigen Preissprüngen an den Zapfsäulen führen.
  6. Angesichts des hohen Steueranteils am Endpreis für Benzin und Diesel profitiert der Staat über den Umsatzsteueranteil unmittelbar von steigenden Preisen an den Zapfsäulen. Um bei einem starken Anstieg des Rohölpreises, der nicht durch strukturelle Marktbedingungen, sondern politische Ausnahmesituationen bedingt ist, den Preisdruck zu minimieren, ist daher die Etablierung des Instruments einer vorübergehenden Verringerung des Steueranteils an den Endpreisen über eine Absenkung der Energiesteuer geboten.
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, weitere Maßnahmen zur Abmilderung der aktuellen Preisentwicklungen bei Kraftstoffen zu prüfen und insbesondere folgende Maßnahmen zeitnah umzusetzen:
1. Mit der geplanten Änderung des Kartellrechts ist die aktuelle Preisentwicklung unverzüglich durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und das Bundeskartellamt zu überprüfen, um ungerechtfertigte Preisanstiege zu unterbinden. Insbesondere ist dafür Sorge zu tragen, dass sinkende Weltmarktpreise zeitnah zu sinkenden Preisen an den Tankstellen führen.
  2. Darüber hinaus ist bei einem anhaltend hohen Preisniveau eine wirksame Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen durch die Einführung eines Krisenmechanismus für Kraftstoffpreise zu bewirken, mit dem eine vorübergehende, nach Normalisierung des Rohölpreises wieder auslaufende Absenkung der Energiesteuer gesetzlich verankert wird. Dabei ist sicherzustellen, dass die Steuerentlastung eins zu eins an den Zapfsäulen ankommt.